

Antrag vom September 2021

Schaffung der Position des „Beauftragten gegen Linksextremismus“

Antrag:

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, in den Bezirksausschüssen die Position des „Beauftragten gegen Linksextremismus“ zu schaffen und in der Satzung zu verankern.

Begründung:

In Folge eines gezielten Brandanschlags auf die Infrastruktur waren am 21.05.2021 20.000 Haushalte für teilweise weit über 24 Stunden ohne Strom. In einem Schreiben, das auf einer dem linksradikalen Spektrum zuzuordnenden Webseite veröffentlicht wurde, bekennen sich die mutmaßlichen Täter dazu, „das Strom- und Glasfasernetz im Münchner Osten angegriffen“ zu haben. Außerdem sei der Anschlag ein Angriff auf die politisch Verantwortlichen in München und Bayern gewesen. Billigend in Kauf genommen wurden hierbei die psychischen und finanziellen Folgen für die Bewohner Berg am Laim, die zu Tausenden stundenlang ohne Rundfunkempfang im Dunkeln saßen, telefonisch nicht erreichbar waren und aufgetautes Essen aus ihren Gefrierschränken entsorgen mussten. Darüber hinaus stellen derartige Stromausfälle ein großes Risiko für mobilitätseingeschränkte Menschen dar die auf elektrische Hilfsmittel angewiesen sind. Dies gilt insbesondere für Personen, die daheim beatmet werden müssen.

Gerade vor dem Hintergrund, dass weitere Anschläge dieser Art angekündigt wurden, ist die Schaffung dieser Position zur Aufarbeitung und Prävention notwendig. Konkrete Folgen für den Stadtteil hatte diese Ankündigung bereits am 10. September 2021, als verummte Personen mit Pyrotechnik unbefugt ein Dach am Eingang des Bosch-Werks in Berg am Laim betraten, um so gegen die IAA zu protestieren.